

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.090.027

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)17634/J-NR/2024

Wien, am 29. März 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Michael Schnedlitz und weitere haben am 31.01.2024 unter der **Nr. 17634/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Wie bewertet Ihr Ministerium die aktuelle Lage der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich?*

Im Jänner 2024 waren 36.774 Personen unter 25 Jahren als arbeitslos gemeldet, das entspricht einer Registerjugendarbeitslosenquote von rund 7,8 %. Ein höherer Wert wurde im Jänner zuletzt 2021 (damals 10,1 %) gemessen. Betrachtet man die durchschnittliche Registerarbeitslosenquote des Jahres 2023, so hat sich diese im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von etwa 5,4 % auf 5,9 % erhöht. Der Anstieg in den letzten Monaten ist vor allem auf die schwache Dynamik der konjunkturellen Entwicklung zurückzuführen (eine Rolle spielt typischerweise auch die saisonale Komponente), die sich auch in einem Anstieg der allgemeinen Registerarbeitslosenquote niederschlägt. Einen wesentlichen Faktor stellt auch die deutliche Zunahme von jugendlichen Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten dar.

Zur Frage 2

- *Wie bewertet Ihr Ministerium die aktuelle Lage der Jugendarbeitslosigkeit in Europa?*

Grundsätzlich ist die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bzw. in der EU deutlich höher als in Österreich. Laut den aktuellsten Daten von Eurostat lag die durchschnittliche Jugendarbeitslosenquote in der Eurozone im Dezember 2023 bei 14,4 % und die der EU27 bei 14,7 %. In Österreich liegt sie nach der Eurostat-Berechnungsmethode bei 11,4 %. Nur fünf EU-Staaten (Deutschland, Malta, die Niederlande, Tschechien und Polen) haben eine niedrigere Jugendarbeitslosigkeit als Österreich vorzuweisen. EU-weit ist die Jugendarbeitslosenquote in den letzten Monaten nur schwach angestiegen bzw. stagniert auf – im Vergleich zu Österreich – höherem Niveau.

Zur Frage 3

- *Gibt es Prognosen über die genaue Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Österreich und in den einzelnen Bundesländern?*
 - *Wenn ja, wie sehen diese aus?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Die mittel- und langfristige Entwicklung des Arbeitsangebots von Jugendlichen wird neben demografischen Veränderungen maßgeblich von Änderungen in der Ausbildungsstruktur getrieben. So wird prognostiziert, dass die Zahl der 15- bis 24-Jährigen bis 2025 rückläufig ist und anschließend bis 2040 wieder in etwa auf das Niveau von 2018 ansteigt. Nach aktuellen Schätzungen wird der Anteil der Personen mit Lehrausbildung an den unter 25-Jährigen dabei von rund 33 % im Jahr 2018 auf 28 % im Jahr 2040 sinken. Außerdem wird angenommen, dass sich der Anteil der Personen mit Pflichtschulabschluss im selben Zeitraum von 9 % auf 8 % reduziert, während der Anteil an Personen mit akademischer Ausbildung von 22 % auf 26 % steigt (Prognose WIFO 2022).

Bezogen auf die Erwerbsquote wird prognostiziert, dass diese für die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen bis 2040 leicht sinkt, während für 20- bis 24-Jährige ein leichter Anstieg der Erwerbsquote, insbesondere für Männer, zu erwarten ist (Prognose WIFO 2022).

Analysen über die Faktoren, die zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit Jugendlicher und zum aktuellen Anstieg beitragen, werden laufend in Gesprächen zwischen Akteuren und Akteurinnen der Arbeitsmarktforschung und der Arbeitsmarktpolitik diskutiert. Detailprognosen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit Jugendlicher auf Ebene der Bundesländer liegen jedoch nicht vor. Die Prognosemodelle auf dieser Aggregationsebene würden zu Ergebnis-

sen mit einer relativ hohen Schwankungsbreite führen und wären damit von nur sehr beschränkter, instabiler Aussagekraft.

Zur Frage 4

- *Welche Unterschiede im Bildungsgrad können aktuell bei jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren festgestellt werden?*

Wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist, ist die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit formal niedrigeren Bildungsabschlüssen deutlich höher als bei Gleichaltrigen mit höherem Bildungsniveau:

**Arbeitslosenquote Jugendliche nach
Ausbildungsstufen 2023**

	15-24 Jahre
Pflichtschulausbildung	9,0%
Lehrausbildung	6,5%
Mittlere Ausbildung	5,1%
Höhere Ausbildung	2,7%
Akademische Ausbildung	1,6%
Gesamt	5,9%

Quelle: Berechnung BMAW, Sektion III

Zur Berechnung der Arbeitslosenquote in der Tabelle wurden Daten zu Arbeitslosen des AMS sowie Daten zu unselbständig Beschäftigten des Hauptverbandes österreichischer Sozialversicherungsträger herangezogen. Während die Arbeitslosendaten des AMS nach höchster abgeschlossener Ausbildung vorliegen, enthalten die Daten der unselbständig Beschäftigten keine Information bezüglich der Ausbildung. Diese Information wird von den – im Rahmen von Interviews ermittelten – unselbständig Beschäftigten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria auf die Hauptverbandsdaten übertragen: Die prozentuelle Verteilung der unselbständig Beschäftigten nach Ausbildungskategorien der Arbeitskräfteerhebung wird dann auf die Grundgesamtheit der unselbständig Beschäftigten des Hauptverbands umgelegt.

Zu den Fragen 5, 6, 16 und 17

- *Welche Maßnahmen wurden von Ihrem Ministerium bzw. dem AMS im Jahr 2022 und im Jahr 2023 umgesetzt, um das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen?*

- *Welche Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung der hohen Arbeitslosenquote unter Jugendlichen sind von Ihrem Ministerium bzw. vom AMS für das Jahr 2024 noch geplant? (Bitte um genaue Aufschlüsselung konkreter Vorhaben)*
- *Welche Programme und Initiativen werden finanziell unterstützt, um die Beschäftigungschancen für junge Menschen zu verbessern?*
- *Welche Strategien werden verfolgt, um die Übergänge von der Schule zum Beruf für junge Menschen zu erleichtern?*

Angesichts des Befundes, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit fehlenden bzw. niedrigen (Aus-)Bildungsabschlüssen häufiger und stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wird vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, Jugendlichen einen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss zu ermöglichen. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Kontext das auf dem Ausbildungspflichtgesetz beruhende arbeitsmarktpolitische Programm "AusBildung bis 18", das Angebote wie beispielsweise das Jugendcoaching und die überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) des Arbeitsmarktservice (AMS) umfasst. Die Angebotslandschaft und die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um die "AusBildung bis 18" werden laufend bedarfsgerecht adaptiert und erweitert, so auch in den Jahren 2022 und 2023: Einerseits wurde der Ausbau von Vorbereitungsangeboten auf betriebliche und überbetriebliche Lehre verstärkt, andererseits die Bemühung um die Integration in die betriebliche Lehrausbildung forciert. Außerdem wurde eine stärkere Integration von psychosozialen Beratungsangeboten in jugendspezifische Angebote der Arbeitsmarktpolitik vorangetrieben.

Auch im Anschluss an die Ausbildungspflicht ist es wichtig, jungen Erwachsenen passende Beratungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung zu stellen. Hier spielt die "Ausbildungsgarantie bis 25" eine wichtige Rolle, die mit einer Vielfalt an AMS-Förderangeboten wie etwa Lehrstellenförderung für über 18-Jährige, Facharbeiter- und Facharbeiterinnen-Intensivausbildung, Überbetriebliche Berufsausbildung, arbeitsplatznahe Qualifizierung, Implacementstiftungen etc. 19- bis 24-jährigen Personen mit maximal Pflichtschulabschluss durch die Ermöglichung von formalen berufsqualifizierenden Ausbildung (v.a. Lehrausbildung) langfristig gute Arbeitsmarktperspektiven eröffnet.

Bildung und Ausbildung sind entscheidend für die Zukunft junger Menschen, insbesondere hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktintegration. Auch im Jahr 2024 lautet daher das Ziel, allen Jugendlichen eine Ausbildung über die Pflichtschule hinaus zu ermöglichen. Zum Erreichen dieses Ziels konzentrieren sich BMAW und AMS auf die Fortführung bewährter Maßnah-

men und Angebote, die im Jahr 2024 abhängig von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt erweitert und bedarfsgerecht adaptiert werden.

So ist etwa eine konzeptionelle Anpassung des Jugendcoachings geplant, um die Verbindlichkeit dieses Angebots für die Zielgruppe zu erhöhen. Der verpflichtende Charakter der Inanspruchnahme im Rahmen der Ausbildungspflicht soll expliziter verdeutlicht, die Betreuung engmaschiger gestaltet und auch die Arbeit mit den Erziehungsberechtigten ausgebaut werden. Außerdem ist mit 1. Jänner 2024 eine Novelle des Ausbildungspflichtgesetzes in Kraft getreten, die die maximal zulässige ausbildungsfreie Zeit von vier auf drei Monate reduziert. Dadurch werden Jugendliche und deren Erziehungsberechtigte frühzeitig kontaktiert und zur Aufnahme einer Ausbildung aufgefordert. In vielen Fällen werden so längere ausbildungsfreie Zeiträume vermieden und letztlich die Re-Integration in das (Aus-)Bildungssystem vereinfacht.

Darüber hinaus werden auch für besonders stark benachteiligte Personengruppen neue Schwerpunkte gesetzt. Mit der Initiative "Arbeitsfähigkeit bis 25" soll die Beschäftigung und Integration junger Menschen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit gefördert werden. Sie strebt eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe und eine verbesserte finanzielle Absicherung dieser Zielgruppe an. Die entsprechende Gesetzesnovelle ist seit 1. Jänner 2024 in Kraft.

Vor dem Hintergrund eines starken Anstiegs von Vormerkungen junger asylberechtigter Personen beim AMS Wien wurde das "Jugendcollege" mit einem Fokus auf den Themenbereichen "Lernen" und "Sammeln von Arbeitserfahrungen" zur rascheren Integration der Zielgruppe in den Arbeitsmarkt etabliert. Im Jahr 2024 wird dieses bewährte und hinsichtlich seiner Integrationswirkungen erfolgreiche Angebot stark forciert. Zielgruppe sind dabei arbeitslos vorgemerkte benachteiligte, beeinträchtigte oder behinderte Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund zwischen dem vollendeten 15. und 25. Lebensjahr. Dies geschieht im Rahmen einer bundesweiten Integrationsoffensive. Hier plant das AMS 2024 außerdem, Angebote für Geflüchtete enger aufeinander abzustimmen und ihre zeitliche Intensität insbesondere für Jugendliche zu steigern, um deren Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern. Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre wird nach regionalen Bedarfen ein Vollzeitangebot (35 bis 37 Stunden) ausgebaut, das basierend auf bewährten Best-Practice-Modellen folgende Inhalte miteinander verbindet:

- Allgemeinbildung
- Deutsch
- Englisch

- Mathematik
- Berufsorientierung
- Burschen- und Mädchenarbeit
- Sport und Kultur
- Demokratie- und Werteverständnis

Die Aneignung dieser Kompetenzen soll stets in Verbindung mit Berufspraktika und Arbeitserprobungen stehen.

Zur Frage 7

- *Wie viel Budget ist konkret für Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2022 sowie im Jahr 2023 aufgewendet worden?*

Im Jahr 2022 wurden für die aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren (inklusive betriebliche Lehrstellenförderung und Maßnahmen des Sozialministeriumsservice) insgesamt rund € 832,5 Mio. aufgewendet, im Jahr 2023 waren es rund € 830,6 Mio. (jeweils ohne Berücksichtigung der Ausgaben für Kurzarbeit und ohne anteilige Sozialversicherungsbeiträge).

Zur Frage 8

- *Wie wurde eben dieses Budget in den Jahren 2022 und 2023 auf die einzelnen Bundesländer verteilt?*

Zu dieser Frage, für deren Beantwortung auf Grund der einzubeziehenden unterschiedlichen Förder- und Unterstützungssysteme ein sehr hoher Aufwand geleistet werden müsste, kann aus verwaltungsökonomischen Gründen keine Auskunft erteilt werden.

Zu den Fragen 9 und 10

- *Wie hoch waren die finanziellen Mittel, die dem AMS für das Jahr 2022 sowie für das Jahr 2023 zur Bekämpfung und Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung standen?*
- *Wie wurden diese Mittel auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt?*

Die Beantwortung ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Es handelt sich dabei um die jährlichen Mittel für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik des AMS ohne anteilige Sozialversicherungsbeiträge und ohne Zahlungen für Kurzarbeit.

Tabelle: Aktive und aktivierende AMS AMP Jugendliche
(ohne SV-Beiträge und ohne Kurzarbeit, in Mio. €)

	2022	2023
Burgenland	18,2	19,0
Kärnten	34,0	29,3
Niederösterreich	84,0	81,3
Oberösterreich	72,7	75,2
Salzburg	20,9	17,6
Steiermark	64,5	61,5
Tirol	31,9	22,0
Vorarlberg	21,7	20,3
Wien	211,7	201,5
ÖSTERREICH	559,7	527,7

Q: AMS Data Warehouse; Berechnung BMAW

Zu den Fragen 11 und 12

- *Wie viel Budget ist konkret für die Maßnahmen zur Reduzierung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2024 vorgesehen?*
- *Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die dem AMS für das Jahr 2024 zur Verfügung stehen?*

Nach internen Berechnungen wird für das Jahr 2024 davon ausgegangen, dass für die Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren ein Gesamtbudget von etwa € 875 Mio. zur Verfügung steht. Für das AMS, dessen jugendspezifische Fördermittel nicht zentral geplant, sondern flexibel und bedarfsorientiert umgesetzt werden, wird für diesen Bereich ein voraussichtlicher Mitteleinsatz von rund € 560 Mio. geschätzt.

Zur Frage 13

- *Ist ein Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung in weiterer Planung?*
 - *Wenn ja, in welchem Ausmaß?*
 - *Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?*
 - *Wenn ja, wie viel Budget ist dafür vorgesehen?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Grundsätzlich erfolgt die Planung der Kapazitäten in der ÜBA nach dem Bedarf am Lehrstellenmarkt in den Bundesländern. Angesichts der derzeit günstigen Lage am Lehrstellenmarkt, der damit einhergehenden verbesserten Vermittlungsquoten in betriebliche Lehrstellen sowie der demografischen Entwicklung kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass ein quantitativer Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung vorerst nicht notwendig sein wird.

Einen Schwerpunkt legt das BMAW im Jahr 2024 jedoch auf den qualitativen Ausbau der vorbereitenden Angebote im Vorfeld der ÜBA sowie auf zusätzliche Angebote zu den Lehrgängen, um den Bedarfen der sich stark in Richtung multiple Problemlagen veränderten Zielgruppe gerecht zu werden. Ziele sind hierbei etwa auch die Verringerung der Dropout-Quoten sowie eine Steigerung des Anteils der positiven Lehrabschlüsse.

Zur Frage 14

- *Wie wird das Ministerium im Jahr 2024 sicherstellen, dass junge Menschen Zugang zu qualitativ hochwertiger Ausbildung und Berufsbildung bekommen?*

Maßnahmen zur Förderung betrieblicher Lehrstellen werden auf Basis der Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen gemäß § 19c Abs. 1 Z 1-7 Berufsausbildungsgesetz (BAG) sowie der Richtlinie gemäß § 19c Abs. 1 Z 8 BAG gesetzt. Die in der Richtlinie gemäß § 19c Abs. 1 Z 1-7 BAG festgelegten Maßnahmen sind im sozialpartnerschaftlich besetzten Förderausschuss des Bundes-Berufsausbildungsbeirates nach § 31 BAG zu beschließen und durch das BMAW zu genehmigen und zu erlassen. Die in der Richtlinie gemäß § 19c Abs. 1 Z 8 BAG festgelegten Maßnahmen sind vom BMAW zu beschließen und zu erlassen, wobei auch in diesen Fällen die Sozialpartner in die Programmentwicklung etwa im Bereich des Lehrlingscoachings-Programms und themenbezogener Förderprogramme einbezogen werden.

Für 2024 sind für sämtliche Maßnahmen der betrieblichen Lehrstellenförderung gemäß § 19c sowie Internatskosten gemäß § 9 Abs. 5 BAG insgesamt € 280 Mio. vorgesehen.

Zur Frage 15

- *Wird seitens Ihres Ministeriums die Einführung weiterer Förderprogramme in Betracht gezogen?*
 - *Wenn ja, in welchem Umfang?*
 - *Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?*
 - *Wenn nein, warum nicht?*

Zurzeit ist eine Einführung weiterer Förderprogramme nicht vorgesehen. Stattdessen werden bewährte Förderprogramme weitergeführt und entsprechend dem sich ändernden Bedarf der Zielgruppe sowie den Gegebenheiten am Arbeitsmarkt angepasst.

Zur Frage 18

- *Welche Rolle spielt die Digitalisierung bei der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen?*

Die Digitalisierung bringt Herausforderungen, aber auch große Potentiale hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarkts mit sich. Gerade junge Menschen, die bereits in einer digitalisierten Welt aufgewachsen sind, verfügen oft über eine gute Ausgangsposition, um in neuen digitalen Arbeitsfeldern wie E-Commerce, Digital Marketing, Datenanalyse und Softwareentwicklung zu reüssieren.

Außerdem sorgt die Digitalisierung für eine zunehmende Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen durch Innovationen wie etwa Home-Office, die die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt für junge Menschen erweitern, da sie bei der Arbeitssuche nicht mehr auf ihren lokalen Arbeitsmarkt beschränkt sind.

Weiters erleichtert die Digitalisierung den Zugang zu Weiterbildungsangeboten, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, etwa beim Erlernen von Programmiersprachen, sowie die Aneignung neuer Qualifizierungen und Fähigkeiten, die am Arbeitsmarkt gefragt sind.

Zur Frage 19

- *Wie beabsichtigt Ihr Ministerium, die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen zu stärken, um die Lehre für junge Menschen wieder attraktiv zu machen?*

Mit der Einführung des Bundesgesetzes über die Höhere Berufliche Bildung (HBB-Gesetz) wird eine Aufwertung der Lehrausbildung durch Verbesserung der Angebote und der Transparenz weiterführender fachlicher Bildung ("Education Pathways") einhergehen. Ermächtigte Bildungsanbieter (Validierungs- oder Prüfungsstellen) werden die Qualifikationen gemäß HBB-Gesetz vergeben.

Zur Frage 20

- *Nach welchen Erfolgskriterien hat Ihr Ministerium die Wirksamkeit seiner bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bewertet?*

Das BMAW wie auch das AMS messen und bewerten die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen laufend in erster Linie anhand standardisierter Wirkungsindikatoren, wobei die Nachhaltigkeit der Aufnahme von Ausbildung und Beschäftigung innerhalb der Zielgruppe als zentrale Erfolgsfaktoren herangezogen werden. Bewertungskriterien, die im Hinblick auf konkrete Projekte und Programme jedenfalls zum Einsatz kommen, sind etwa die Feststellung des Arbeitsmarkterfolges (z.B. Arbeitsmarktstatus am 91. Tag nach Beendigung einer Intervention), Messung des Maßnahmenerfolges (erfolgreiche Beendigung) sowie die Quote der Abbrecherinnen und Abbrecher (etwa betreffend den Anteil der Ab-

brüche an Beendigungen einer Maßnahme) in den Angeboten. Insgesamt werden darüber hinaus die Jugendarbeitslosenquote und die Situation am Lehrstellenmarkt sowie die Quote junger Menschen, die nicht in Schule, Qualifizierungen oder am Arbeitsmarkt sind (NEETs), genau analysiert.

Eine wichtige Kennzahl zur Überprüfung der Effektivität der Ausbildungspflicht ist außerdem der Abdeckungsgrad der Interventionen der Koordinierungsstellen "AusBildung bis 18". Im Jahr 2023 konnten von nur 2,3 % aller ausbildungspflichtverletzenden Jugendlichen keine näheren Informationen über den Ausbildungsstatus eruiert werden (Adresse unbekannt, Kontaktabbruch, keine Elterndaten vorhanden). 97,7 % der ausbildungspflichtverletzenden Jugendlichen konnten somit erreicht werden. In Summe wurden somit 4.513 ausbildungspflichtverletzende Jugendliche begleitet, von denen 91,1 % erfolgreich in Ausbildung, ausbildungsvorbereitende Maßnahmen oder zumindest in einen arbeitsmarktpolitischen Beratungs- und Betreuungsprozess gebracht werden konnten.

Da hinsichtlich der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit primär ein präventiver Ansatz verfolgt wird, ist im Kontext der Jugendarbeitslosigkeit auch die Quote der frühen Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrecher (FABA) ein relevanter Indikator. Die FABA stellen die Kernzielgruppe der "AusBildung bis 18" dar. Sie werden definiert als Personen im Alter von 15 bis 17 Jahren, die keine Ausbildung absolvieren und höchstens einen Pflichtschulabschluss besitzen. Es handelt sich dabei um eine Annäherung an die internationale Definition der "Early School Leavers".

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

